

Mitglieder

Leon Troche	SPD	entschuldigt
Annina Beck	Die Andere	nicht entschuldigt
Chaled-Uwe Said	AfD	nicht entschuldigt
Madeleine Floiger	Freie Demokraten	nicht entschuldigt

beratende Mitglieder

Stefanie Buhr	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt	entschuldigt
Dr. Kristina Böhm		entschuldigt
Angela Schmidt-Fuchs	Katholische Kirche	entschuldigt
Fereshta Hussain	Migrantenbeirat	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.06.2023

- 4 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 31.08.2023

- 5 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

- 6 Informationen des Jugendamtes
 - 6.1 Vorstellung des Kinder- und Jugendportals Hast´n Plan

 - 6.2 Information zum Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ – Ausweitung der Schulsozialarbeit (Corona-Schulsozialarbeit): Verstetigung ab dem Schuljahr 2023/2024

- 6.3 Information zu Aufenthaltsqualität an hoch frequentierten Orten in Potsdam für junge Menschen verbessern gem. 22/SVV/0201
- 6.4 Information zur Rufbereitschaft im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
Anfrage von Herr Kulke per E-Mail vom 26.09.2023
- 7 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 8 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 9 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 9.1 Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2023 bis 2026
Oberbürgermeister, Fachbereich Bildung, Jugend und Sport 23/SVV/0537
- 9.2 Bebauungsplan Nr. 40 "Kaserne Kirschallee", 1. Änderung "Teilbereich David-Gilly-Straße"
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung 23/SVV/0373
- 9.3 Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam 23/SVV/0676
- 9.4 Prüf- und Entscheidungskriterien für Anträge auf Regelförderung der Jugendförderung bzw. Aufnahme in den Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam
Fachbereich Bildung, Jugend und Sport 23/SVV/0813
- 10 Sonstiges

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Reimann, eröffnet die Sitzung.

Er informiert über seinen Jobwechsel und der neuen Tätigkeit bei der AWO im Bereich der Obdachlosenhilfe. Seine Position im Jugendhilfeausschuss übe er weiterhin als Stadtverordneter der Fraktion SPD aus.

Auf Anfrage vorab von Frau Schultheiss berichtet er, dass Ausschussmitglieder, die keine Stadtverordneten seien, ab sofort Dokumente, die den nicht öffentlichen Teil der Tagesordnung betreffen, per E-Mail von der Ausschussbetreuung erhalten.

Ab sofort werde der Ablauf der Berichte im „Berichte des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII“ im Laufe der Sitzungen rotieren und auch der Tagesordnungspunkt „Bericht des Kita-Elternbeirates“ werde abwechselnd vorgezogen.

2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Reimann stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind **12 von 15** stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Er informiert zur Tagesordnung darüber, dass der Tagesordnungspunkt 6.4 „Rufbereitschaft“ auf Wunsch von Herrn Kulke (Anfrage vorab per E-Mail) ergänzt werden soll.-

Weiterhin würden Frau Denise Beckmann und Frau Claudia Köppelmann von der Medienwerkstatt Potsdam gemeinsam mit Frau Ute Parthum zum Tagesordnungspunkt 6.1 „Vorstellung des Kinder- und Jugendportals Hast´n Plan“ berichten und er stellt das Rederecht zur Abstimmung. Dieses wird einstimmig **angenommen**.

Herr Reimann stellt die Änderungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig **angenommen**.

Anschließend wird die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung gestellt und ebenfalls einstimmig **angenommen**.

3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.06.2023

Er bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 20.06.2023.

Frau Frenkler fragt zum Tagesordnungspunkt 3.1 „Stellungnahme der Ausschüsse zur kinderfreundlichen Kommune“ zur gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport und Jugendhilfeausschuss am 20.06.2023, ob die gemeinsame Stellungnahme wie vereinbart auf der Homepage der Landeshauptstadt Potsdam veröffentlicht worden sei. Herr Reimann antwortet, dass man als Ausschuss auf der Homepage nichts posten könne. Das Dokument sei allerdings im Ratsinformationssystem verfügbar.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung gibt es keine Anmerkungen und diese wird einstimmig **angenommen**.

4 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll

des öffentlichen Teils der Sitzung vom 31.08.2023

Er bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 31.08.2023. Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung gibt es keine Anmerkungen und diese wird einstimmig **angenommen**.

5 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Herr Bulgrin berichtet, dass der Kreisschülerrat aktuell nicht getagt habe. In der kommenden Woche finde die konstituierende Sitzung statt.

Weiterhin sei ihm aufgefallen, dass auf seinem Schulweg von ca. 1 km zwischen am Stern, Drewitz und Kirchsteigfeld wenig Mülleimer aufgestellt seien.

Das neue Ratsinformationssystem sei zudem unübersichtlich.

6 Informationen des Jugendamtes

6.1 Vorstellung des Kinder- und Jugendportals Hast´n Plan

Frau Ute Parthum, Mitglied des Jugendhilfeausschusses und Geschäftsführerin der Medienwerkstatt Potsdam, Frau Denise Beckmann, Medienwerkstatt Potsdam, und Frau Claudia Köppelmann, Medienwerkstatt Potsdam, stellen das Portal anhand einer Präsentation vor (**Anlage 1**).

Frau Parthum ergänzt, dass eine 10-Stunden-Stelle zur Pflege des Portals zur Verfügung stünde, jedoch für die administrativen Tätigkeiten und vielen zu tätigenen Absprachen nicht ausreichend sei. Weiterhin könnte man als freier Träger auf der Homepage selber Beiträge einstellen, indem man Mitglied des Portals werde.

Die Vorstellung des Portals erfolge aktuell in verschiedenen Arbeitsgemeinschaften.

6.2 Information zum Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ – Ausweitung der Schulsozialarbeit (Corona-Schulsozialarbeit): Verstetigung ab dem Schuljahr 2023/2024

Herr Ralf Becker, Qualitätsmanager Jugendförderung des Fachbereiches 23 Kinder, Jugend und Familie der Landeshauptstadt Potsdam berichtet, dass das Programm vor zwei Jahren auferlegt worden sei. Dies werde gemäß Förderrichtlinie vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBS) seit dem 01.02.2022 und bis zum 31.07.2023 in der Landeshauptstadt Potsdam umgesetzt. Vom MBS sei Anfang 2023 avisiert worden, dass es zu dem

Programm eine Verstärkung geben solle – eine unbefristete Fortsetzung der Förderung der Corona-Schulsozialarbeit-Stellen. Dies bedeute für die Landeshauptstadt Potsdam $4 \times 0,75 = 3,0$ Vollzeitäquivalent. Dies sei im Juni 2023 mit der Richtlinie gesichert worden.

Die Corona-Schulsozialarbeit treffe auf akute Bedarfe, habe sich sehr gut etabliert, die konzeptionelle und methodische Ausrichtung bewährt und sollte deshalb fortgeführt werden. Der Bedarf sei aktuell größer als die personellen Ressourcen. In der Fortführung sei zu beobachten und darauf zu achten, dass es nicht zu einer starken Kompensation der Aufgabenfelder der Lehrkräfte im erzieherischen Bereich der sozialen Kompetenzen durch die Corona-Schulsozialarbeit komme. Als Tendenz sei davon auszugehen, dass intervenierende, auf-fangende Angebote der Schulsozialarbeit in den nächsten fünf Jahren einen hohen Stellenwert einnehmen werden. Die präventive Arbeit der „normalen“ Schulsozialarbeiter*innen an den Einsatzschulen (Projektarbeit) finde weiterhin statt, sei aber nur im begrenzten Umfang möglich, da die Schulsozialarbeiter*innen durch die intensive Einzelfallbegleitung enorm zeitlich und fachlich gebunden seien. Wesentlicher Grund dafür sei auch, dass diese nicht an die entsprechenden Hilfesysteme „abgegeben“ werden können oder Angebote fehlen (Klinikplätze, außerschulische Beschulungsstrukturen etc.). Ebenso erschwerend sei an manchen Schulstandorten die fehlende Einbindung und Abstimmung mit der Schulleitung. Aus diesem Grund werde die Corona-Schulsozialarbeit gemäß bestätigten Trägerkonzepten einschließlich Einsatzschwerpunkten fortgesetzt und sei auch nicht Bestandteil des Doppelhaushalt 2023/2024 begleitenden Beschlusses „Ausbau Schulsozialarbeit“ (DS 23/SVV/0219).

6.3 Information zu Aufenthaltsqualität an hoch frequentierten Orten in Potsdam für junge Menschen verbessern gem. 22/SVV/0201

Frau Lena Haack, Sachbearbeiterin Spielplatzplanung des Fachbereiches 45 Klima, Umwelt und Grünflächen der Landeshauptstadt Potsdam berichtet zum aktuellen Sachstand. Alle Akteure würden bekräftigen, dass die Nutzung von Freiräumen in Potsdam durch Jugendliche in den letzten Jahren zugenommen habe. Vor allem der Fachbereich 32 Ordnung und Sicherheit berichtet, dass sich der ständige Hotspot Bassinplatz sowie die Friedrich-Ebert-Straße verfestigt hätten. Hier seien in den Abendstunden bis zu 150 Personen vor Ort. Wechselnde Hotspots seien zum Beispiel die Humboldtbrücke und der Lustgarten. In dem Fall sei es schwierig Toiletten und Müllbehälter zu ergänzen. Bei den festen Hotspots seien entsprechend der Nutzung die Leerungszyklen der Abfallbehälter angepasst worden (im Sommer 2x täglich, im Winter 1x wöchentlich), der Bereich 453 Grünflächen sammle vor und nach dem Wochenende den Müll ein, die Stadtentsorgung Potsdam säubere 1x täglich. Alle Akteure berichten, dass man die Kapazität erhöhen konnte. Ein großes Problem seien Pizzakartons. Hier sollte ein neuer Abfalltyp auf dem Bassinplatz getestet werden. Eine weitere Idee sei die Schüler*innen stärker in die Abfallthematik einzubinden.

Im Stadtkern gebe es 10 öffentliche, kostenpflichtige Toiletten. Dixi-Toiletten betrachte man als eher kritisch bezüglich der Entsorgung, sie seien sehr teuer und anfällig für Vandalismus.

Zum Maerker Potsdam berichtet Frau Haack, dass Mitarbeiter*innen die Meldungen vor Ort begutachten und anschließend bearbeiten würden.

Grundlegendes Problem sei aus ihrer Sicht, dass der Außenraum in Potsdam von Jugendlichen in großem Maße genutzt werde, da es zu wenig Angebote im Innenraum (Clubs, Bars) mit akzeptablen Preisen gebe. Der Freiraum könne nur bedingt abfangen, was sich sonst in

Innenräumen abspiele.

In der anschließenden Diskussion bedankt man sich für den aktuellen Sachstand und regt an sich auch weiterhin als Jugendhilfeausschuss für die Problematik einzusetzen. Man müsse weiter an der Thematik mobile Toiletten arbeiten - auch aus gesellschaftlicher Sicht sei dies wichtig. Herr Witzsche bittet darum den in der Stadtverordnetenversammlung im Mai 2023 abgelehnten Antrag „Einführung des Systems „Nette Toilette“, 23/SVV/0153“ von der Fraktion DIE ANDERE nochmal als Jugendhilfeausschuss anzustoßen.

Frau Schultheiss bittet darum in der kommenden Sitzung zur Machbarkeitsstudie Kantstraße mit Bezug zur Skateanlage zu berichten, da auch dies ein etablierter Freiraum von Jugendlichen sei.

6.4 Information zur Rufbereitschaft im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

E-Mailanfrage von Herrn Kulke vom 26.09.2023:

„Sehr geehrte Frau Thäle, sehr geehrter Herr Reimann,

Im Januar soll das neue Krisenteam des JA die aufgekündigte Rufbereitschaft ersetzen. Ich würde gerne unter dem Punkt 6.4. Informationen zum Umsetzungsstand bekommen.

- Sind alle MA gefunden?*
- Wo ist dieses Team untergebracht?*
- Wie wird die praktische Arbeit aussehen? [...]“*

*Sind alle Mitarbeiter*innen gefunden?*

Herr Prof. Dr. Hafezi berichtet, dass 5 Stellen noch nicht besetzt seien. Die Ausschreibung solle aktuell bald veröffentlicht werden. Aufgrund des Fachkräftemangels habe man Sorge, dass die Stellen zeitnah besetzt würden. Im Krisendienst gehen es um junge Mitarbeiter*innen, aber auch um Erfahrungen.

Wo ist dieses Team untergebracht?

*Für eine bessere Einarbeitung der Mitarbeiter*innen erfolge eine Integration in die vorhandenen ASD (Allgemeiner Sozialer Dienst) – Teams. Dies werde auch schon für die bestehenden Mitarbeiter*innen umgesetzt.*

Wie wird die praktische Arbeit aussehen?

Aktuell führe man dazu Gespräche über die Geschäftsbereiche hinaus, um die verschiedenen Optionen für die Zukunft zu sondieren.

Es wird ein erneuter Sachstand für die Dezembersitzung angekündigt. Zu den noch offenen 5 Stellen werde man die Ausschussmitglieder schon früher informieren.

PAUSE 18:07 – 18:20 Uhr

7 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

UA JHP

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung tagte am Donnerstag, den 21.09.2023.

Zum Thema Fachkräftemangel habe man den Prozess der Fachtagesdurchführung und Ergebnispriorisierung durch die Planungsgruppe der Jugendhilfe rekapituliert. Die Prioritätenliste sei in eine Handlungsempfehlung umformuliert worden. Der Wunsch des Unterausschusses zur Diskussion zu den Ergebnissen in einer Klausurtagung mit dem Jugendhilfeausschuss sei seitens der damaligen Beigeordneten abgelehnt worden. Für das weitere Vorgehen seien die Ergebnisse zu folgenden Fragestellungen zu prüfen: gibt es Neues (aufgrund der vergangenen Zeit), was wurde schon kommuniziert, unter anderem seitens der Politik, was wäre kommunal und was davon auch kurzfristig umsetzbar.

Aus Trägerperspektive seien Zuwendungen und Eingruppierungen Themen, die dringend besprochen werden müssen. Es seien 5 bis 6 Stellen in den Kinder- und Jugendclubs nicht besetzt, bei Urlaub und Krankheit seien die Einrichtungen geschlossen. Forderungen an die Politik sollten formuliert werden (ohne gleich die Finanzbremse im Kopf zu haben). Was könne schnell gelöst werden, zum Beispiel das Thema Richtlinie Jugendförderung aktualisieren. Es wurde mit Herrn Prof. Dr. Hafezi ein Termin mit den freien Trägern zum Vertragsmanagement vereinbart. Im Vorfeld werde man seitens des Unterausschusses die Ideensammlung noch einmal prüfen, ergänzen und bewerten.

Frau Peters habe im Unterausschuss dazu berichtet, dass diverse Informationen dazu im Jugendhilfeausschuss gegeben worden seien. Die Themen Personalbedarf und -planung im ASD seien in ProjektAbstimmung, dieser Prozess dauere noch bis Ende Mai 2024. Dies habe einige Mitglieder irritiert, da ein Ende für 2023 versprochen worden sei. Der Dienstleister beanspruche viel Zeit vom Personal und das erfolge alles neben der originären Arbeit. Man wünsche sich bei solchen Prozessverschiebungen informiert zu werden. Erste belastbare Zwischenergebnisse könne Herr Prof. Dr. Hafezi Ende 2023 im Jugendhilfeausschuss präsentieren.

Ein weiteres Thema seien die Regionalkonferenzen als der Umsetzung der neuen Gremienstruktur gewesen. Es werde von diversen Umstrukturierungen und Personalwechselln tangiert. Ausgangslage einer Gremienumstrukturierung sei die nicht mehr leistbare Teilnahme seitens der Verwaltung an vielen Gremien gewesen. Diverse Diskussionsprozesse hätten eine erneute Struktur erzeugt, da keine stetigen Abstimmungen mit allen freien Trägern geben könne. Für unvorhersehbare Bedarfe sollten die regionalen Netzwerke ein Budget bekommen. Der große wachsende Potsdamer Norden solle eine eigene Gruppe bekommen. Dazu sei im Jugendhilfeausschuss in der Oktobersitzung 2022 ein Beschluss gefasst und inzwischen ein Geschäftsordnungsentwurf für die regionalen Netzwerke abgestimmt worden. Aktuell sei laut dem Unterausschuss der öffentliche Träger nicht mehr mit den freien Trägern im regelhaften Gespräch dazu. Daher sei die Thematik „Gremien- und Kommunikationsstruktur umsetzen“ wichtiger denn je. Offen sei noch, wer seitens der Verwaltung in den regionalen Netzwerken mitwirke. Herr Prof. Dr. Hafezi habe angekündigt dazu in der Verwaltung Rücksprache halten zu müssen und um etwas Zeit gebeten. Er wolle alle Beschlüsse auf Fachlichkeit und Umsetzbarkeit prüfen. Es bestehe weiterer Gesprächsbedarf bei der Thematik Sozialraumorientierung – habe man auch die Verknüpfung mit weiteren Rechtskreisen

(zum Beispiel SGB II und XI) berücksichtigt? Hierzu bestehe weiterer Gesprächsbedarf. Allein wegen der Umsetzung der Inklusion müsse man über den Rechtskreis SGB VIII hinausschauen. Man weist darauf hin, dass die Kinder, die betreut werden müssten, in ihrer Vielfalt bereits da wären und dies neben allen Gesetzesänderungen und daraus resultierenden strategischen Erwägungen nicht aus den Augen verloren werden solle.

Voraussichtlich im Dezember werde sich Herr Prof. Dr. Hafezi zum weiteren Umgang mit sozialräumlicher Kommunikation im Unterausschuss positionieren. Dann werde diskutiert, wie die Konferenzen in den Regionen stattfinden sollen. Alle freien Träger der Jugendhilfe werden demnächst durch Herrn Prof. Dr. Hafezi zu einem Kennlerngespräch eingeladen.

AG Kita

Frau Frenkler berichtet, dass die AG nicht getagt habe. Die Trägerberatung habe nicht stattgefunden. Sie äußert ihren Unmut darüber, da beide Termine seitens der Verwaltung abgesagt wurden. Es gebe dringenden Beratungsbedarf.

AG HzE

Der Bericht wurde schriftlich von Herrn Lutz Küken nachgereicht, da er in der Sitzung nicht anwesend sein konnte.

Die AG tagte am 12.09. im Projekt „Calz“ der AWO.

Es erfolge die Vorstellung des Projektes „Calz“, Abkürzung für CareLeaverZentrum. Das Zentrum soll Bedingungen für junge Menschen schaffen, die es ihnen ermöglichen, nicht in anderen Hilfesystemen zu „landen“, sondern ihnen die Zeit geben, sich in einem Beziehungskontext zu entwickeln, der Familie nicht ersetzt, aber Strukturen und Halt bietet. Im CALZ-Projekt finden sie verlässliche Ansprechpartner, die ihnen an einem sicheren, geschützten Ort Halt und Sicherheit geben. Seitens der AG werde empfohlen, die Mitarbeiter*innen des sehr interessanten Projektes zum Jugendhilfeausschuss einzuladen, um es dort vorzustellen.

Weiterhin habe man nach der Anfrage von Trägern der Eingliederungshilfe als AG beschlossen, diese zu den Sitzungen einzuladen und den kommenden Anforderungen entsprechend einzubinden. Zukünftig solle geprüft werden, bis zu welcher Größe das Gremium arbeitsfähig sei und entsprechende Modalitäten besprochen werden.

In der AG bestehe der einhellige Wunsch, dass nach den verschiedenen Umstrukturierungen im Jugendamt der letzten Jahre wieder kontinuierliches Arbeiten möglich werde. Ebenso bestehe der Wunsch nach einer schnellen Neubesetzung der Stelle der Leitung des Jugendamtes.

AG JuFö

Frau Tietz berichtet, dass die AG zuletzt am 21.09.2023 getagt habe. Verabschiedet wurde Ike Borg als Sprecherin. Als neue Sprecherinnen gewählt wurden Julia Schultheiss und Katharina Tietz.

Die AG Jugendförderung habe die Umstrukturierung des Fachbereichs zur Kenntnis genommen und möchte darauf hinweisen, dass der Bereich Jugendförderung auch in der

Struktur des Fachbereichs sichtbar sein sollte und derzeit nur in der Arbeitsgruppe Strategie "versteckt" sei.

Weiterhin habe sich die AG mit dem Thema der Einbeziehung und Beteiligung von jungen Menschen in dem hochschwelligem Gremium beschäftigt und beginnt in diesem Kontext einen Abstimmungsprozess mit der Koordinatorin für Kinder und Jugendliche Frau Buhr.

Die AG habe zum Thema Freiflächen festgestellt, dass diese für Kinder und Jugendliche weiterhin wegbrechen würden und die jungen Menschen bei den Verdichtungs- und Neubauplanungen nicht in den Blick genommen und teilweise komplett abgehängt würden. Junge Menschen müssten in allen sie berührenden Angelegenheiten beteiligt werden.

Aus dem Arbeitskreis Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen (AKKJ) gab es den Bericht von zunehmenden Herausforderungen in den Kinder- und Jugendclubs aufgrund der sehr diverseren Zielgruppen, die jeweils ganz spezifische Herausforderungen mitbringen würden. Deren Begleitung könne mit den vorhandenen personellen Ressourcen kaum geleistet werden. Besonders hervorgehoben wurden hier die Kinderclubs, die zum Teil mit sehr großen Nutzer*innengruppen konfrontiert seien. Die AG Jugendförderung bildet derzeit eine Unterarbeitsgemeinschaft, um den AKKJ adäquat bei der Erarbeitung von Lösungsansätzen begleiten zu können.

Sie bittet darum in der nächsten Sitzung zur Machbarkeitsstudie Kantstraße zu berichten.

8 Bericht des Kita-Elternbeirates

Herr Witzsche berichtet zur Neuwahl des Beirats, dass diese im Gange sei. Aktuell werden in den Potsdamer Kitas und Horten Elternvertreter*innen für die neue Legislatur des Kita-Elternbeirats gewählt. Bedingt durch den späten Schulanfang sei die Zeit für die Wahl sehr knapp – man hoffe dennoch auf eine möglichst flächendeckende Teilnahme und einen noch breiter aufgestellten Beirat in den Jahren 2023 bis 2025. Die konstituierende Sitzung finde am 17.10.2023 statt, so dass zur nächsten Jugendhilfeausschusssitzung am 19.10.2023 bereits ein neuer Vorstand gebildet sein werde.

Der bundesweite Bildungsprotesttag habe am vergangenen Samstag den 23.09.2023 auch in Potsdam unter dem Motto BILDUNGSWENDE JETZT! stattgefunden, an dem ein breites gesellschaftliches Bündnis aus Organisationen, Vereinen, Initiativen und auch Verbänden und Gewerkschaften eine umfassende Reform im Bildungssystem forderte. Auch in Potsdam habe es Stern-Läufe und eine Demonstration mit ca. 400 Teilnehmenden gegeben, die der Kita-Elternbeirat im KiTAKOLLAPS Aktionsbündnis federführend mitorganisiert habe. Aus Sicht des Kita-Elternbeirates sei der Tag ein gelungener Auftakt gewesen. Es habe spannende Redebeiträge und einen guten Austausch gegeben, man sei jedoch viel zu wenige gewesen. Vor allem die Vernetzung mit Schulen und Schüler*innen werde eine große Herausforderung für die nächsten Wochen und Monate - denn der Protesttag am Samstag kann nur ein Anfang gewesen sein. Am 4.10.2023 werde es ein erstes Netzwerktreffen für Potsdam geben, zu dem man herzlich einlade.

Frau Frenkler habe vorhin bereits das Positionspapier zu den kinderfreundlichen Kommunen angesprochen und damit auch die Frage verbunden, wie der aktuelle Arbeitsstand bei dem Vorhaben für Kinder und Jugendliche sei und wie man als Jugendhilfeausschuss hier weiter

agieren könne. Die gleiche Frage stelle man sich aus Sicht des Kita-Elternbeirates bei zwei weiteren Themen, die eigentlich längst in der Umsetzung sein sollten: Die Deckelung der Essensbeiträge in den Schulen sowie das 15 Euro Ticket für Kinder und Jugendliche. Letzteres sollte nach letzten Kenntnisstand zum Oktober starten. Herr Witzsche fragt, ob dies so sei und wann die Kommunikation dazu beginne.

Herr Reimann antwortet zum Positionspapier kinderfreundliche Kommune, dass Frau Buhr dazu in der nächsten Sitzung berichten werde.

Herr Prof. Dr. Hafezi berichtet zur Deckelung der Essensbeiträge zum Mittagessen in den Schulen, dass dies ab 1.9.23 gültig sei. Die Caterer würden Anfang Oktober die ersten Rechnungen schicken, dann könne man genaue Zahlen berichten. Er sagt eine erneute Berichterstattung für die Oktobersitzung zu.

Ebenfalls werden man in dieser Sitzung zum Schülerticket berichten.

9 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

9.1 Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2023 bis 2026

23/SVV/0537
vertagt

Wiedervorlage vom 20.06.2023.

Herr Ronny Richter, kommissarischer Arbeitsgruppenleiter im Fachbereich 23 Kinder, Jugend und Familie der Landeshauptstadt Potsdam, stellt anhand einer Präsentation vor (**Anlage 2**).

Herr Reimann schlägt vor heute eine erste Lesung vorzunehmen, die Unterarbeitsgemeinschaft zum Jugendförderplan erneut in Leben zu rufen und dort zu beraten, um die Drucksache dann für die nächste Sitzung auf Wiedervorlage zu legen.

In der anschließenden Diskussion wird kritisiert, dass der Beteiligungswille zu Beginn des Erstellungsprozesses zu erkennen und produktiv gewesen sei, ab einem bestimmten Zeitpunkt jedoch nur noch informiert wurde. Das Schriftstück sei zu unkonkret und zahlenlos. Es gebe den analytischen Teil, aber es fehlen die Ableitungen im Handlungsteil. Man müsse im Fazit und Ausblick konkreter werden, unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Stadtverwaltung in der Umsetzung. Bezüglich der Evaluation in 2025 müssten die Parameter kleingliedriger formuliert sein, um diese produktiver gestalten zu können. Man wolle wissen wer für die Umsetzung Sorge und wer die Federführung bei den Schnittstellen der Geschäftsbereiche habe.

Herr Prof. Dr. Hafezi befürwortet die Überarbeitung, um die Ziele in dem Plan zu konkretisieren. Die Beteiligung der Jugendlichen an der Evaluation sei wichtig. Es müsse eine regelmäßige Beteiligung von Jugendlichen sichergestellt sein, zum Beispiel einmal pro Jahr. Mögliche Anträge des JHA sollten sich aus dem Förderplan ableiten beziehungsweise zu gegebener Zeit konkrete Maßnahmen adressieren.

Es wird eine Überarbeitung durch die Unterarbeitsgemeinschaft und anschließend eine 2. Lesung in der November- beziehungsweise Dezembersitzung im Jugendhilfeausschuss vereinbart.

Herr Reimann stellt die **Zurückstellung** der Drucksache zur Abstimmung.
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

den Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2023 bis 2026

Abstimmung:
einstimmig **angenommen**

9.2 Bebauungsplan Nr. 40 "Kaserne Kirschallee", 1. Änderung "Teilbereich David-Gilly-Straße"

23/SVV/0373
geändert beschlossen

Wiedervorlage vom 25.05.2023.

Herr Lars Krampitz, Planer Stadtraum Mitte im Fachbereich 41 Stadtplanung der Landeshauptstadt Potsdam, bringt die Beschlussvorlage anhand einer Präsentation ein (**Anlage 3**).

Es wird vereinbart, dass es eine redaktionelle Änderung geben muss:

3. Das Bauleitplanverfahren ist mit der Priorität 1 entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für den Fachbereich Stadtplanung vom ~~07.03.2004~~ **25.01.2023** (DS 22/SVV/09962) durchzuführen (siehe Anlage 3).

Anschließend stellt Herr Reimann die Änderungen der Drucksache zur Abstimmung.

Abstimmung:
mit Stimmenmehrheit **angenommen**

Herr Reimann stellt die so geänderte Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Der Bebauungsplan Nr. 40 "Kaserne Kirschallee" ist im „Teilbereich David-Gilly-Straße“ nach § 2 Abs. 1 BauGB in einem 1. Änderungsverfahren zu ändern (gemäß Anlagen 1 und 2).
2. Anlass für die Änderung ist, dass die bislang vorgesehenen Nutzungen einer weiteren Kita, einer Jugendfreizeitstätte und eines Bürgertreffs aufgrund der beschlossenen konkretisierten Entwicklungsziele (DS 18/SVV/0735) sowie aufgrund von Entscheidungen der zuständigen Fachbehörden obsolet sind. Aktuell sind auf der Fläche die Nutzungen „Kindertagesstätte“, „Jugendfreizeitstätte“ und „Sportfunktionsgebäude“ zulässig. Statt der derzeit festgesetzten Nutzung „Jugendfreizeitstätte“ ist auf dem Standort eine Wohnnutzung für besondere Nutzergruppen langfristig zu sichern. Die Errichtung in Kombination mit einem Sportfunktionsgebäude ist weiterhin vorgesehen.
3. Das Bauleitplanverfahren ist mit der Priorität 1 entsprechend dem Beschluss der Stadt-

verordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für den Fachbereich Stadtplanung vom 07.03.2001 **25.01.2023** (DS 22/SVV/09962) durchzuführen (siehe Anlage 3).

4. Die Ziele für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld werden für den Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 40 (s. Anlage 2) entsprechend Punkt 2 konkretisiert
-

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

9.3 Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft

23/SVV/0676
vertagt

Frau Bartelt bringt den Antrag ein.

Herr Gregor Jekel, kommissarischer Fachbereichsleiter im Fachbereich 39 Wohnen, Arbeit und Integration der Landeshauptstadt Potsdam, befürwortet den Antrag und einen Beschluss. Somit habe man ein Votum, dass dies weiterhin so umgesetzt werden könne, sollten Krisen eintreten. Momentan setze man die Inhalte aber auch schon um.

Aufgrund einiger Unklarheiten in den Formulierungen des Antrages wird vorgeschlagen, den Antrag zurückzustellen, um eine Absprache zwischen der Fraktion und dem zuständigen Fachbereich vornehmen zu können.

Herr Reimann stellt die **Zurückstellung** der Drucksache zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt setzt sich das Ziel, prekäre Wohnlagen für alle von Wohnungslosigkeit betroffenen oder bedrohten Menschen zu verhindern.

Dazu soll die im Rahmen der ordnungsrechtlichen Unterbringung in den vergangenen Jahrzehnten entwickelte differenzierte Unterbringung entsprechend der unterschiedlichen Bedarfe für die Zukunft erhalten und umgesetzt werden. Die Auswahl von geeigneter Unterbringung für alle Menschen - unabhängig vom Rechtskreis - soll so für die Zukunft sichergestellt werden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

- Die Standards der Unterbringung sollen sich nach den fachlichen Empfehlungen zu den individuellen Bedarfen der unterzubringenden Menschen richten, wie z. B. nach den Empfehlungen der BAG Wohnungslosenhilfe e.V.
- Sicherzustellen, dass die Zuweisung und Versorgung bei der Belegung der Wohngebäude aus dem Sonderbauprogramm nach Ordnungsrecht grundsätzlich den Ansprüchen an die Angemessenheit des Wohnraums an Angebote für WBS-Wohnungs-Freigaben der Landeshauptstadt Potsdam entsprechen.

- Der Stadtverordnetenversammlung ist über die strukturelle Verankerung einer entsprechenden Grundlage in die Geschäftsprozesse zur Unterbringung durch die jeweiligen Teams im Fachbereich 3 der Landeshauptstadt Potsdam im Oktober 2023 Bericht zu erstatten.

Abstimmung:

einstimmig **angenommen**

9.4 Prüf- und Entscheidungskriterien für Anträge auf Regelförderung der Jugendförderung bzw. Aufnahme in den Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam

23/SVV/0813
geändert beschlossen

Herr Ralf Becker, Qualitätsmanager Jugendförderung des Fachbereiches 23 Kinder, Jugend und Familie der Landeshauptstadt Potsdam berichtet, dass im Zuge der Erstellung des Jugendförderplans erkenntlich wurde, dass keine Kriterien für Anträge auf Regelförderung Jugendförderung vorliegen würden. In der Folge sei eine Abfrage bei den Jugendförderfachkräften des Landes Brandenburg initiiert worden, die offenbarte, dass kein einziges Jugendamt über entsprechende Kriterien und Verfahren verfüge. Die AG Jugendförderung bildete am 10.02.2022 eine Unterarbeitsgruppe mit dem Ziel beziehungsweise Auftrag der Erarbeitung eines transparenten Verfahrens für die Antragsprüfung/-entscheidung bezüglich der Aufnahme neuer Angebote in den Jugendförderplan beziehungsweise in die Regelförderung. Das Arbeitsergebnis wurde der Jugendförderung am 22.09.2022 vorgestellt und einstimmig beschlossen.

Vorschlag zur Zusammensetzung der Prüfungskommission: 1 Vertreter*in des Jugendhilfeausschusses, 1 Vertreter*in der AG Jugendförderung, 2 Vertreter*innen des Fachbereiches Bildung, Jugend und Sport.

In der anschließenden Diskussion wird vereinbart, dass man den Beschlusstext bezüglich einer Evaluierung nach 2 Jahren sowie einer individuellen Zusammensetzung der Prüfungskommission Fallbezogen durch den Jugendhilfeausschuss ergänzen wolle.

Herr Reimann stellt die Änderungen der Drucksache zur Abstimmung.

Abstimmung:

einstimmig **angenommen**

Abschließend stellt er die so geänderte Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

Bei unbeauftragten zusätzlichen Anträgen auf Regelförderung der Jugendförderung bzw. Aufnahme in den Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam werden diese anhand der beigefügten Prüf- und Entscheidungskriterien einer fachlichen Prüfung durch eine Prüfungskommission unterzogen und das Prüfergebnis dem Jugendhilfeausschuss zu einer fachlich fundierten Entscheidung vorgelegt.

Die Kriterien sind 2 Jahre nach ihrer Anwendung zu evaluieren.

Der Jugendhilfeausschuss benennt eine Person zur Mitarbeit in der Prüfkommision.

Über die Zusammensetzung der Prüfkommision entscheidet der Jugendhilfeausschuss Fallbezogen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

10 Sonstiges

Keine Anmerkungen.

Vorsitz:

Protokollführung:

Tiemo Reimann

Eva Thäle